FORSCHUNG AKTUELL
01 / 2022

Institut Arbeit und Technik

Kommunale Finanzen und Fördermittel

Können sich finanziell herausgeforderte Kommunen Fördermittel noch leisten?

Franz Flögel
Florian Langguth

Auf den Punkt

- Für Städte und Gemeinden sind die Akquise und Abwicklung von Fördermitteln herausfordernd, denn es fehlt oft an Personal, Zeit und Geld.
- Besonders für finanziell herausgeforderte Kommunen stellt sich die Frage, ob Eigenanteile und Bearbeitungsaufwand noch finanzierbar sind.
- Anhand von Regressionsanalysen zeigt unsere Studie, dass es keinen deutlichen Zusammenhang zwischen der kommunalen Haushaltslage und der Höhe der akquirierten Fördermittel gibt.
- Denn wenn strukturelle Faktoren wie das BIP oder die Arbeitslosenquote berücksichtigt werden, lässt sich für die drei betrachteten Fördermittelbereiche (Städtebauförderung, GRW Infrastrukturförderung und direkte Projektförderung) kein signifikanter Zusammenhang zwischen Finanzschwäche und niedrigen Fördermittelaufkommen auf Ebene der deutschen Kreise aufzeigen.
- Städtebauförderung und GRW Infrastrukturförderung fließen, entsprechend ihren ausgleichsorientierten Förderzielen, tendenziell in strukturschwache Kreise und kreisfreie Städte.
- Direkte Projektförderung fließt überproportional in universitäre und wirtschaftsstarke Kreise und kreisfreie Städte sowie in ostdeutsche Regionen.

Zentrale Einrichtung der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen Bocholt Recklinghausen in Kooperation mit der Ruhr-Universität Bochum

Westfälische Hochschule

RUHR UNIVERSITÄT BOCHUM RUB

1. Einleitung

Mit dem Forschungsfeld „Lebendige Regionen – aktive Regionalentwicklung als Zukunftsaufgabe“ fördern und erproben das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) und das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) seit 2016 in ausgewählten Regionen integrierte Ansätze für eine ganzheitliche Regionalentwicklung. Gemeinsam mit der Firma SPRINT – wissenschaftliche Politikberatung PartG begleitet das Institut Arbeit und Technik (IAT) der Westfälischen Hochschule das Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) Lebendige Regionen im Auftrag des BBSR. Es wurden insgesamt zwölf Modellregionen bei der Erprobung neuer Ansätze der integrierten Regionalentwicklung begleitet und beforscht. Weitere Informationen zum MORO lebendige Regionen finden sich auf der Webseite des BBSR:

www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/programme/moro/forschungsfelder/2015/Lebendige-Regionen/01_start.html?nn=2540226

Eine Besonderheit im MORO Lebendige Regionen stellt das Thema kommunale Finanzen dar. Denn Regionalentwicklung kann nicht losgelöst von der finanziellen Situation und den finanziellen Rahmenbedingungen der Kommunen betrachtet werden. Deshalb wurden im MORO Lebendige Regionen explizit die kommunalen finanziellen Spielräume der jeweiligen Modellregionen berücksichtigt und von Beginn an einbezogen. Wie aus den Analysen der finanziellen Handlungsspielräume der Kommunen innerhalb der Modellregionen (BBSR 2020) und aus der Zusammenarbeit mit diesen deutlich wurde, sind Fördermittel eine häufig verwendete Finanzierungsquelle, um Regionalentwicklungsprojekte vor Ort zu realisieren. Zahlreiche Projekte der Regionalentwicklung werden durch Förderung der Länder, des Bundes und der Europäischen Union (EU) überhaupt erst ermöglicht. Für die kommunal Handelnden sind die Akquise und Abwicklung von Fördermitteln herausfordernd, denn es fehlt oft an Zeit, Personal und Eigenmitteln in den Gemeinden und Gemeindeverbänden (Kreise, Landschaftsverbände etc.). Dies gilt besonders für Kommunen mit geringen finanziellen Handlungsspielräumen. Vor diesem Hintergrund und aufgrund der aktuellen Diskussion in der angewandten Forschung (Schneider et al. 2017; Sixtus et al. 2020), geht unsere Studie *Kommunale Finanzen und Fördermittel - Kurzexpertise im Rahmen des MORO Forschungsfeldes Lebendige Regionen* der Frage nach, ob es einen Zusammenhang zwischen der kommunalen Haushaltslage und der Höhe der akquirierten Fördermittel gibt. Die Studie ist als BBSR-Online-Publikation veröffentlich (BBSR 2021; https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/bbsr-online/2021/bbsr-online-22-2021.html) und wird in der hier vorliegenden Ausgabe der IAT-Publikationsreihe „Forschung Aktuell“ zusammenfassend dargestellt.

2. Hintergrund und methodisches Vorgehen: Fördermittelakquise und kommunale Finanzen

Ausgehend von der Beobachtung, dass fehlende Personal-, Zeit- und Geldressourcen Kommunen oft daran hindern Fördermittel einzuwerben, geht die Studie *Kommunale Finanzen und Fördermittel* der Frage nach, ob finanzschwache Gemeinden, Kreise und Städte weniger Fördermittel akquirieren als finanzstarke Kommunen. Der Blick in die Literatur zeigt, dass insbesondere fehlendes Personal und fehlende Eigenmittel als Gründe identifiziert wurden, warum finanzschwache Gemeinden möglicherweise weniger Fördermittel einwerben (vgl. Paßlick und Schultheiß 2017, Schneider et al. 2017, Sixtus et al. 2020). So argumentieren Sixtus et al. (2020) unter den Titel „WER SCHON VIEL HAT, DEM WIRD NOCH MEHR GEGEBEN?“, dass kleine und finanzschwächere Kommunen sich Fördermittel häufig gar nicht mehr leisten können, was dem erklärten Ziel der Bundesregierung für gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilräumen zu sorgen widerspreche. Denn wenn aufgrund der geforderten finanziellen Eigenanteile sich nur noch wohlhabendere Gemeinden Förderung leisten können, dann verstärkt die existierende Förderlandschaft die Unterschiede in den regionalen Lebensverhältnissen. Sixtus et al. (2020) bestätigen diesen Zusammenhang, allerdings nur auf Grundlage von Interviews mit Expertinnen und Experten. In der Studie von Schneider et al. (2017), die auf einen Methodenmix aus Interviews und eine standardisierte Befragung setzt, konnte der Zusammenhang hingegen für die Städtebauförderung in Nordrhein-Westfalen nicht bestätigt werden. Weitere Studien, die diesen Zusammenhang quantitativ statis-

tisch untersuchen, konnten wir nicht identifizieren. Jedoch zeigen quantitative Arbeiten, dass Fördermittel entsprechend den Förderzielen überproportional in wirtschaftsstrukturell schwächere Regionen geflossen sind (vgl. Karl et al. 2012, Diller et al. 2014), deren Kommunen häufig ebenfalls finanzschwach sind.

Um diesen überlagernden Effekt von Struktur- und Finanzschwäche analytisch zu trennen, bestimmte unsere Studie zunächst den Einfluss der Indikatoren zur kommunalen Haushaltslage und Personalausstattung auf die eingeworbenen Fördermittel. Folgend wurden die Regressionsanalysen unter Hinzunahme wirtschaftsstruktureller Indikatoren wiederholt. Mit diesem zweistufigen Vorgehen wird ermittelt, ob die kommunale Haushaltslage einen eigenständigen Einfluss auf den Erfolg der Gemeinden in der Akquise von Fördermitteln liefert, oder ob regionalstrukturelle Merkmale der Kreise die zentrale Bestimmungsgröße für den Mittelfluss sind. Der letztgenannte Zusammenhang lässt starke Effekte erwarten, da zahlreiche Fördermittel entsprechend ihrer Förderziele bewusst in wirtschaftsstrukturell schwächere Regionen fließen sollen. Beispielsweise wurde bei der Einteilung der „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“(GRW) -Fördergebiete die Arbeitslosenquote etc. berücksichtigt (vgl. BBSR 2014), weswegen ausschließlich strukturschwache Regionen GRW-Förderung erhalten können. Strukturelle Faktoren beeinflussen auch die kommunalen Haushaltslagen stark, weshalb das zweistufige Analyseverfahren gewählt wurde, um die beiden Effekte der regionalen Struktur (direkt und über die Kommunalfinanzen) in Bezug auf die Höhe der erhaltenen Fördermittel genauer betrachten zu können.

Konkret untersuchten wir die Förderprogramme Städtebauförderung, GRW Infrastrukturförderung und direkte Projektförderung. Da sich die GRW-Förderung nur an strukturschwache Regionen entsprechen der GRW-Förderkulisse richtet, wurden auch nur diese 167 Kreise und kreisfreien Städte untersucht. Für die anderen beiden Förderprogramme wurden die insgesamt 397 Kreise und kreisfreien Städte herangezogen, die nicht Teil eines Stadtstaats sind (also nicht Berlin, Hamburg, Bremen und Bremerhaven). Tabelle 1 fasst die deskriptive Statistik der Förderprogrammvariablen zusammen, welche die abhängigen Variablen in unseren Regressionsanalysen sind.

Tabelle 1: Deskriptive Statistik der abhängigen Variablen

	Städtebauförderung 2013–2017 in Euro je Einwohnerin/Einwohner	GRW Infrastrukturförderung 2013–2017 in Euro je Einwohnerin/Einwohner	GRW Infrastrukturförderung 2013–2017 in Euro je Einwohnerin/Einwohner (nur GRW Fördergebiete 2014-2020)	Direkte Projektförderung 2013–2017 in Euro je Einwohnerin/Einwohner
n	397	397	167	397
Mittelwert	42,55	19,60	46,53	171,26
Minimum	0,00	0,00	0	3
Maximum	267,61	568	568	9251
Varianz	1 232	3 037	5 986	315 136

Quelle: BBSR 2021

Um die Richtung der Kausalität zu bestimmen, werden die Variablen zeitversetzt analysiert. Konkret wird der Einfluss kommunalfinanzwirtschaftlicher und regionalstruktureller Variablen im Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2013 auf die Höhe der zwischen 2013 und 2017 insgesamt erhaltenen Fördermittel berechnet. Um der Heterogenität zwischen West- und Ostdeutschland gerecht zu werden, wurden die Regressionsanalysen zusätzlich getrennt für die alten und neuen Bundesländer durchgeführt. Tabelle 2 beschreibt die unabhängigen Variablen, welche den Fördermittelakquiseerfolg der Kommunen möglicherweise beeinflussen. Die Variablen der kommunalen Kernhaushalte sind kommunale Schulden, Kassenkredite und Sachinvestition gemessen in Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner und Personal der Kommunen je 10.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Die Kennzahlen wurden gewählt, da sie die kommunalfinanzwirtschaftlichen Handlungsspielräume gut erfassen und relativ flächendeckend verfügbar sind (BBSR-INKAR 2020). Als strukturelle Faktoren werden Karl et al. (2012) folgend die Arbeitslosenquote und das BIP je Erwerbstätigen betrachtet. Als „Standardindikator“ für die Sozialstruktur wurde die SGB-II-Quote verwendet. Da Arbeitslosenquote und

SGB-II-Quote sehr stark korrelieren (der Korrelationskoeffizient nach Pearson beträgt 0,973), findet jeweils nur derjenige Indikator Verwendung, der den größeren Beitrag zur Erklärungskraft der jeweiligen Regression liefert. Mithilfe der Einwohnerdichte soll die ländliche Prägung der Kreiseinheiten approximiert werden. Der Indikator Studierende je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner wurde berücksichtigt, da er anzeigt, in welchen Kreiseinheiten Hochschulen liegen, die im Fall der direkten Projektförderungen ebenfalls Fördermittel, insbesondere des Ministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) einwerben. Ferner kann mit dem Indikator der möglicherweise einfachere Zugang der kommunalen Verwaltungen zu Hochschulabsolventinnen und -absolventen approximiert werden, was sich positiv auf die Leistungsfähigkeit der Kommunalverwaltungen auswirken könnte.

Tabelle 2: Deskriptive Statistik der unabhängigen Variablen

Ø 2010–2013	Kommunale Schulden in Euro je Einwohnerin/Einwohner	Kassenkredite in Euro je Einwohnerin/Einwohner	Personal der Kommunen je 10.000 Einwohnerinnen und Einwohner*	Sachinvestitionen in Euro je Einwohnerin/Einwohner	
n	397	397	397	350	
Mittelwert	1.663	597	134	311	
Minimum	0	0	69	53	
Maximum	8.357	6.944	461	740	
Ø 2010–2013	Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in 1000 Euro	SGB-II-Quote	Arbeitslosenquote	Einwohnerdichte	Studierende je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner*
n	397	397	397	397	397
Mittelwert	60	8,55	6,62	500	24,5
Minimum	44	1,17	1,45	37	0
Maximum	124	21,57	16,20	4437	408

* Aufgrund fehlender Daten wurden für die Landkreise in Mecklenburg-Vorpommern der Durschnitt der Jahre 2012–2013 verwendet.

Quelle: BBSR 2021

Da überproportional viele Fördermittel in die neuen Bundesländer fließen, wird die Lage in Ost- oder Westdeutschland mit einer sogenannten Dummy-Variablen in den Regressionsmodellen berücksichtigt, um die 76 Kreise zu identifizieren, die in einem der ostdeutschen Flächenbundesländer liegen. Die Regressionen für alle drei Fördermittelarten wurden zusätzlich getrennt für Ost- und Westdeutschland durchgeführt, um systematische Unterschiede in der Fördermittelverteilung innerhalb der alten- und neuen Bundesländer zu identifizieren. Um Unterschiede zwischen Kreisen und kreisfreien Städten zu identifizieren, wurde ferner eine kreisfreie Stadt-Dummy-Variable berücksichtigt, die kreisfreie Städte identifiziert. Einerseits kann so untersucht werden, ob kreisfreie und damit tendenziell auch größere Gemeindeverwaltungen besser in der Lage sind Fördermittel einzuwerben. Andererseits können so Datenfehler kontrolliert werden, die möglicherweise beim Aggregieren der Gemeinden zu einer Kreiseinheit entstanden sind. Insgesamt wurden zwölf Regressionsmodelle ermittelt. Für jede Fördermittelart wurde zunächst ein Modell mit den kommunalhaushälterischen Variablen berechnet, welches dann in einem zweiten Modell um die regionalökonomischen Faktoren ergänzt wurde. Die Berechnung des zweiten Modells wurde darauffolgend getrennt für Ost- und Westdeutschland durchgeführt.

3. Ergebniszusammenfassung der Regressionsanalysen

Tabelle 3 fasst die wesentlichen Ergebnisse der Regressionsmodelle zusammen, wobei nur signifikante Ergebnisse mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit <= 5 % in der Tabelle dargestellt werden. Für eine Darstellung und ausführliche Diskussion der Regressionsmodelle sei auf die, dieser Ausgabe von Forschung Aktuell zugrundeliegende Studie verwiesen (BBSR, 2021).

Die Höhe der **Städtebauförderung** scheint zunächst durch die kommunalen Kernverwaltungen bedingt zu sein, da kommunale Schulden zu weniger und kommunales Personal zu mehr Mitteln führen. Beide Variablen verlieren jedoch unter Berücksichtigung regionalstruktureller Faktoren ihren signifikanten Einfluss. Neben der Lage in Ostdeutschland beeinflusst nun eine höhere Arbeitslosenquote und geringere Einwohnerdichte die Höhe der Städtebauförderung positiv. Die getrennte Betrachtung für Ost- und Westdeutschland führt zu abweichenden Ergebnissen. In Ostdeutschland erklärt einzig das Personal die Verteilung der Städtebaumittel signifikant, wobei Kreiseinheiten mit mehr kommunalen Personal je 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern tatsächlich mehr Mittel eingeworben haben. Dies kann als Beleg für die These gewertet werden, dass besonders fehlendes Personal den Fördermittelzugang erschwert. Jedoch zeigt Personal für Westdeutschland keinen signifikanten Einfluss auf die Höhe der Städtebauförderung. Die Mittel gehen tendenziell in wirtschaftlich schwächere kreisfreie Städte. Insgesamt fließen die Städtebaufördermittel im Sinne der Förderziele tendenziell in bedürftigere Gemeinden, insbesondere nach Ostdeutschland, wobei hier Kommunen mit mehr Personal mehr Mittel einwerben.

Die **GRW Infrastrukturförderung** ist statistisch gesehen einzig von der Lage der Kommunen in Ostdeutschland positiv beeinflusst, wenn nur die GRW-Fördergebiete in der Analyse berücksichtigt werden. Innerhalb von Ostdeutschland (welches 2014–2020 vollständig GRW-Fördergebiet war), lässt sich die Mittelverteilung mit den betrachteten Variablen nicht weiter erklären. Für die GRW-Fördergebiete in Westdeutschland hat die Einwohnerdichte einen signifikanten Einfluss. Mittel fließen tendenziell in die Großstädte des Ruhrgebiets, wobei die absolute Höhe der Mittel in den GRW-Westgebieten deutlich geringer ausfällt. Variablen der kommunalen Haushalte haben unter Berücksichtigung regionalstruktureller Faktoren keine Bedeutung mehr.

Tabelle 3: Zusammenfassung der Regressionsergebnisse

Regressionsmodell	r^2	Signifikante Einflussfaktoren (Richtung)
Städtebauförderung 2013–2017		
Kommunale Haushalte	0,059	Personal (+), Kommunale Schulden (-)
Kommunale Haushalte & strukturelle Faktoren	0,487 0,195 0,078	Ost (+), Arbeitslosenquote (+), Einwohnerdichte (-) Für Ostdeutschland: Personal (+) Für Westdeutschland: kreisfreie Stadt (+), BIP je Erwerbstätigen (-)
GRW Infrastrukturförderung 2013–2017		
Kommunale Haushalte	0,053	Kassenkredite (-), Personal (+)
Kommunale Haushalte + Regionalökonomie	0,249 0,067 0,113	Ost (+) Für Ostdeutschland: Für Westdeutschland: Einwohnerdichte (+)
Direkte Projektförderung 2013–2017		
Kommunale Haushalte	0,084	Personal (+)
Kommunale Haushalte & Regionalökonomie	0,393 0,938 0,343	Studierende (+), Ost (+), BIP (+) Für Ostdeutschland: Studierende (+), Einwohnerdichte (-), SGB-II-Quote (-), Sachinvestitionen (-) Für Westdeutschland: Studierenden (+), BIP (+)

Quelle: BBSR 2021

Für die unterschiedlichen Programme der **direkten Projektförderung** konnten insbesondere die Studierenden je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner als erklärende Einflussgröße identifiziert werden und dies in Gesamt-, Ost- und Westdeutschland. Höchstwahrscheinlich ist für dieses Ergebnis die direkte Projektförderung des BMBFs verantwortlich, welche in Kreisen mit großen Hochschulstandorten von diesen Hochschulen eingeworben wird. Beim Einwerben von Mitteln aus dem Fördermittelaggregat der direkten Projektförderung sind folglich kommunale Verwaltungen wahrscheinlich nur zu einem kleinen Anteil beteiligt. Entsprechend haben unter Berücksichtigung struktureller Faktoren die kommunalen Haushaltskennzahlen auch keinen Einfluss mehr auf die Verteilung der direkten Projektmittel. Im Gegensatz zu Städtebauförderung und GRW Infrastrukturförderung fließen Gelder der direkten Projektförderung tendenziell in wirtschaftlich stärkere Regionen. Ungeachtet dessen erhält Ostdeutschland ebenfalls mehr Mittel. Interessanterweise behält in der Regressionsanalyse für Ostdeutschland die Haushaltsvariable Sachinvestitionen einen

signifikanten Einfluss auf die Verteilung der Projektmittel (bei insgesamt sehr großer Erklärungskraft von fast 94 %). Der Effekt ist jedoch verglichen mit den anderen Variablen, insbesondere Studierende, gering und weist ein negatives Vorzeichen auf. Dies bedeutet, dass ostdeutsche Kreiseinheiten, die mehr investieren, weniger direkte Projektförderung erhalten. Hohe Sachinvestitionsausgaben gelten als Indikator gute Haushaltslagen, weshalb dieses Ergebnis der Hypothese, dass eine angespannte Haushaltslage zu weniger Förderung führt, widerspricht. Da direkte Projektförderung nur zu einem kleinen Anteil von den kommunalen Verwaltungen eingeworben wird, sollte dieses Ergebnis jedoch nicht überbewertet werden.

4. Fazit

Für keinen der drei analysierten Fördermittelbereiche konnte die These eindeutig bestätigt werden, dass Finanzschwäche mit geringer Akquise von Fördermitteln einhergeht, wenn für strukturelle Faktoren kontrolliert wird. So gehen insbesondere mehr Personal und weniger Schulden zwar zunächst tatsächlich mit höheren Fördermittelaufkommen einher. Unter Berücksichtigung struktureller Einflussfaktoren verlieren die Variablen kommunale Schulden und Personal je 10.000 Einwohnerin und Einwohner (außer für Städtebauförderung in Ostdeutschland) ihren signifikanten Erklärungsbeitrag. Auch ist die Effektstärke des Personals und der anderen Variablen der kommunalen Kernverwaltungen auf die Höhe der eingeworbenen Fördermittel äußerst gering, was sich auch im niedrigen r^2 von deutlich unter 0,1 für alle drei Modelle widerspiegelt, die nur die Variablen der kommunalen Kernverwaltungen berücksichtigen. Unter Hinzunahme struktureller Variablen kann die Fördermittelverteilung deutlich besser erklärt werden. Die Höhe der erhaltenen Städtebauförderung und GRW-Infrastrukturförderung lässt sich tendenziell, entsprechend den ausgleichsorientierten Förderzielen, mit Strukturschwäche erklären und direkte Projektförderung fließt tendenziell überproportional in studentische und wirtschaftsstarke Regionen und nach Ostdeutschland.
Besonders die Regression zur GRW-Infrastrukturförderung erklärt mit einen r^2 von nur 0,249 einen kleinen Anteil der beobachteten Varianz und einzig die Lage in Ostdeutschland zeigt einen signifikanten Einfluss. Doch auch für die beiden anderen Fördermittelbereiche bleibt das Bestimmtheitsmaß unter 0,5. Eine mögliche Erklärung für das niedrige Bestimmtheitsmaß könnte in der Anlassbezogenheit der Fördermittelakquise begründet sein. Nur wenn förderfähige Vorhaben vorhanden und gewollt sind, können Gemeinden auch tatsächlich Förderung erhalten. Beispielsweise ist es gut möglich, dass Gemeinden, die im betrachteten Zeitraum von 2013–2017 wenig GRW-Infrastrukturmittel erhalten haben, davor umfangreich investierten und folglich keinen Bedarf mehr hatten. Solche individuellen Bedarfsfaktoren sind mit dem betrachteten Zeitraum von fünf Jahren und der gewählten Ebene der Kreiseinheiten etwas geglättet worden, könnten jedoch weiterhin das Ergebnis stark beeinflussen. Auch die folgenden Einschränkungen unseres methodischen Vorgehens gilt es bei der Bewertung der Ergebnisse zu berücksichtigen:

- Die betrachtete Kreisebene könnte zu grob gewesen sein, da Fördermittel meist durch die Gemeinden eingeworben werden.
- Die Leistungsfähigkeit und Ausstattung der kommunalen Verwaltungen konnten nicht direkt beobachtet werden. Der Indikator kommunales Personal je Einwohnerin und Einwohner ist stark durch andere kommunale Aufgabenbereiche bestimmt, insbesondere die Sozialverwaltung. Auch muss die Zuverlässigkeit der dem Indikator zugrunde liegenden Personalstatistik kritisch hinterfragt werden. So verzeichnen beispielsweise mehrere kleinere kreisfreie Städte hohe Personalbestände, was neben der niedrigen Einwohnerzahl eventuell in der falschen Zuordnung zur Anstellungskörperschaft begründet liegen könnte (wenn Landkreisverwaltungen ihren Sitz in der kreisfreien Stadt haben).
- Die Beschränkung der verwendeten Indikatoren zur Finanzlage auf die kommunalen Kernhaushalte ist zu kritisieren, da so die Extrahaushalte und sonstigen öffentlichen Haushalte keine Berücksichtigung finden. Diese bedingen die Finanzlage der Gemeinden jedoch stark.
- Letztlich sei unbedingt darauf hingewiesen, dass mit den drei Fördermittelarten nur ein Ausschnitt der gesamten Förderlandschaft durch EU, Bund und Länder in die Betrachtung eingeflossen ist. Möglicherweise lässt sich für andere Förderprogramme ein gänzlich anderes Verteilungsmuster aufzeigen, sodass eine Verallgemeinerung nicht zulässig ist.

Angesichts dieser methodischen Einschränkungen ist Vorsicht bei der Interpretation der Ergebnisse geboten. Dennoch kann festgehalten werden, dass der Einfluss der Haushaltslage und des kommunalen Personals (wenn überhaupt

vorhanden) gering ausfällt. Zahlreichen Gemeinden mit unterdurchschnittlicher Finanz- und Personalausstattung gelingt es dennoch viele Fördermittel einzuwerben, was wahrscheinlich auch darin begründet liegt, dass sich die betrachteten Förderprogramme an herausgeforderte Gemeinden richten. Dieses Ergebnis der quantitativen Regressionsanalysen macht durchaus Mut. Denn trotz der oft zitierten Nachteile finanzschwacher Kommunen – kein Personal und fehlende Mittel, um den Eigenanteil aufzubringen – gelingt es diesen Kommunen (statistisch betrachtet) genauso Fördermittel einzuwerben wie gut ausgestatteten Gemeinden. Möglicherweise werden die Nachteile der Finanzschwäche durch ein breiteres Angebot an Förderprogrammen und niedrigere Eigenmittelanforderungen teilweise kompensiert. Möglicherweise ist auch der Druck größer, zusätzliche Mittel akquirieren zu müssen. Möglicherweise sind gerade finanzschwache Kommunen auch schon erfahren im Einwerben von Mitteln. Über die Gründe für den fehlenden Einfluss der Finanz- und Personalkennzahlen auf die Höhe der eingeworbenen Fördermittel liefern die Regressionsanalysen leider keine Auskunft. Hier gibt es weiteren Forschungsbedarf gerade auch für qualitative Studien. Denn das Wie, also wie es finanzschwachen Kommunen gelingt, dennoch erfolgreich Fördermittel einzuwerben, kann unsere Analyse leider nicht aufzeigen.

Link zur BBSR-Online-Publikation 22/2021: https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/bbsr-online/2021/bbsr-online-22-2021.html

Literaturverzeichnis

BBSR - Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.) (2020): Lebendige Regionen – Aktive Regionalentwicklung als Zukunftsaufgabe. Endbericht der finanzwissenschaftlichen Begleitforschung. Zugriff: https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/bbsr-online/2020/bbsr-online-14-2020.html [abgerufen am 24.08.2021].

BBSR - Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2014): GRW-Fördergebiete und Mittelaufteilung. Zugriff: https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/fachbeitraege/raumentwicklung/2011-2015/foerdergebiete-mittelaufteilung/FoerdergebieteMittelaufteilung.html [abgerufen am 15.12.2021]

BBSR - Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.)(2021): Kommunale Finanzen und Fördermittel – Kurzexpertise im MORO Lebendige Regionen. BBSR-Online-Publikation 22/2021, Bonn, Dezember 2021.

Schneider, Stefan; Scheller, Henrik; Hollbach-Grömig, Beate (2017): Studie zur Städtebauförderung: Erfolgsfaktoren und Hemmnisse der Fördermittelbeantragung, -bewilligung und -abrechnung. Zugriff: https://www.land.nrw/sites/default/files/asset/document/mhkbg_12.03.2018_anlage.pdf [abgerufen am 30.07.2018].

Sixtus, Frederick.; Reibstein, Lena; Slupina, Manuel (2020): Wer schon viel hat, dem wird noch mehr gegeben? Warum der Eigenanteil bei Förderprogrammen strukturschwache Kommunen benachteiligt. Berlin.

Paßlick, Ulrich; Schultheiß, Hartwig (2017): Planungs- und Umsetzungskapazitäten von Kommunen für Investitionsprojekte in NRW. Bestandsaufnahme und Ansatzpunkte für eine Leistungsverbesserung. Zugriff: https://www.nrwbank.de/export/sites/nrwbank/de/corporate/downloads/presse/publikationen/sonstige-downloads/Broschuere-Studie-Planungskapazitaeten.pdf [abgerufen am 30.07.2018].

Autoren: Dr. Franz Flögel, Dr. Florian Langguth

Dr. Franz Flögel ist stv. Direktor des Forschungsschwerpunktes Raumkapital am Institut Arbeit und Technik. Als studierter Wirtschaftsgeograph forscht er zu Fragen der Finanzen und regionalen Entwicklung.

Dr. Florian Langguth ist Partner bei SPRINT wissenschaftliche Politikberatung. Als studierter Raumplaner arbeitet er zu Fragen der Finanzierung und Förderung von Regionalentwicklung.

Kontakt: E-Mail: floegel@iat.eu; Tel.: 0209 -1707 203

Forschung Aktuell 2022-01

ISSN 1866 – 0835

Institut Arbeit und Technik der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen – Bocholt – Recklinghausen

Redaktionsschluss: 02.01.2022

https://www.iat.eu/publikationen/forschung-aktuell.html

Redaktion

Claudia Braczko

Tel.: 0209 - 1707 176 Institut Arbeit und Technik

Fax: 0209 - 1707 110 Munscheidstr. 14

E-Mail: **braczko@iat.eu** 45886 Gelsenkirchen

IAT im Internet: **http://www.iat.eu**